



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION LANDKREIS HARBURG, GRUPPE SPD/UNABHÄNGIGER

SPD-Kreistagsfraktion Lkr. Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

Vorsitzender/Sprecher:

Tobias Handtke

An die
Lokalpresse im Landkreis Harburg

Buchholz, den 22. Februar 2016

Fraktionsübergreifender Antrag auf Fortführung der Schulsozialarbeit im Landkreis Harburg einstimmig angenommen

Mit großer Freude reagiert die **SPD-Kreistagsfraktion** auf das Ergebnis der Abstimmung des Antrags im zuständigen Kreisschulausschuss, die Schulsozialarbeit im Landkreis Harburg bis Ende 2017 fortzuführen. Wie berichtet hatte die SPD-Fraktion bereits Anfang Januar mit ihrem Antrag die Weichen dafür gestellt und mittlerweile auch aus den anderen Fraktionen mit deren gleichlautenden Anträgen dafür Unterstützung erfahren. In der Kreisschulausschusssitzung wurde daraus ein interfraktioneller Antrag erarbeitet. Im März entscheidet nun der Kreistag über den Doppelhaushalt 2016/17 des Landkreises Harburg. Unstrittig bleibt für alle Beteiligten, dass die Finanzierung durch den Landkreis und die Kommunen nur eine Zwischenfinanzierung sein kann.

„Das Land hat die Schulsozialarbeit mittlerweile als Aufgabe des Landes anerkannt, und damit sind wir schon heute einen wichtigen Schritt weiter, als wir es in der Vergangenheit unter rot/grün- oder schwarz/gelb-geführten Landesregierungen jemals waren“, erklärt die schulpolitische Sprecherin **Brigitte Somfleth**.

Für die Sozialdemokraten ist es weiterhin entscheidend, dass Schulsozialarbeit in ihren gewachsenen Strukturen erhalten bleibt. *„Dazu haben sich nun alle bekannt“*, fasst der SPD-Fraktionsvorsitzende **Tobias Handtke** das Ergebnis aus der Schulausschusssitzung zusammen. *„Dies ist das notwendige Signal, das die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter brauchen, um ihre wichtige Arbeit an den Schulen fortsetzen zu können.“* Abschließend stellt er fest, dass bei dieser so wichtigen Aufgabe landespolitische Auseinandersetzungen nicht länger auf dem Rücken der Menschen vor Ort ausgetragen werden dürfen.